

"Es geht um Partizipation, um gemeinsame, partizipative Gestaltung des Alltags, der Lebenswelt": Karl August Chassé im Gespräch mit Hans Thiersch

Chassé, Karl August; Thiersch, Hans

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sonstiges / other

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Chassé, K. A., & Thiersch, H. (2017). "Es geht um Partizipation, um gemeinsame, partizipative Gestaltung des Alltags, der Lebenswelt": Karl August Chassé im Gespräch mit Hans Thiersch. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 37(146), 35-55. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-77478-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Hans Thiersch & Karl August Chassé

Es geht um Partizipation, um gemeinsame partizipative Gestaltung des Alltags, der Lebenswelt

Karl August Chassé im Gespräch mit Hans Thiersch

T: Hans Thiersch, *C:* Karl August Chassé

I

C: Auch wenn wir es heute (am 2. August 2017) noch nicht endgültig überblicken können, weil noch die Möglichkeit besteht, dass der Bundesrat am 22. September das Thema nochmal aufgreift, in jedem Fall können wir aber feststellen, dass das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz gescheitert ist, was seinen Anspruch an eine Stärkung kindlicher und jugendlicher Interessen und Bedürfnisse angeht.

T: Ich denke, dass man das so sagen kann: Es ist schon aufregend, wie sehr der an sich vernünftige Vorsatz, im Gesetz die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu stärken, in ihm konterkariert und aufgehoben wird. Es liest sich wie ein Gesetz, das vornehmlich an der Stärkung von Verwaltungsvollzügen interessiert ist.

C: In Ihrer Sicht ist der Einbezug von jungen Menschen mit Behinderung in das SGB VIII ja richtig, aber unzulänglich, weil er vom Blick auf andere benachteiligte Gruppen, also etwa arme Kinder, Kinder mit Migrationshintergrund, Flüchtlinge, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Mädchen und so weiter, also die klassischen Adressaten der Jugendhilfe, ablenkt.

T: Ablenkt ist vielleicht etwas hart formuliert, ich denke, die alte Forderung des Einbezugs der Menschen mit Behinderung ist vernünftig. Sie geht ja weit zurück und die Idee ist richtig, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen zunächst vor allem als Kinder und Jugendliche gesehen werden müssen und nicht gleichsam vom Hauptstatus der Behinderung aus definiert werden. Trotzdem kann das, das hat ja die Verhandlung gezeigt, jetzt nicht einfach übers Knie gebrochen werden; Hilfskonzepte sind unterschiedlich, das führt offenbar zu Problemen; es muss sehr viel sorgfältiger bedacht werden, wie die Systeme der Unterstützung

miteinander kompatibel gemacht werden können. Das ist das eine, die Akzentsetzung im letzten Gesetzentwurf ist das andere, sie beengt den notwendigen weiten Blick auf Differenzierungen und Benachteiligungen in unserer Gesellschaft, also überhaupt auf Verschiedenheiten. Es scheint mir notwendig, auf die unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensmilieus in unserer Gesellschaft abzuheben, also auf die Benachteiligten generell und vor allem auch auf Kinder mit Migrationshintergrund, auf Flüchtlinge. Der Blick im Gesetzentwurf auf die Behinderung verstellt die Notwendigkeiten, die Fragen der Diversität der Adressat*innen im breiten und umfänglichen Sinn anzugehen und eben auch die Überlegungen, welche spezifischen Ressourcen und Arbeitsqualifikationen in der Sozialarbeit notwendig sind, um sich auf diese Diversität einzustellen.

2

C: Die bisherigen inoffiziellen, offiziellen Reformentwürfe haben ja mit dem Schwerpunkt, Disability medizinisch oder psychiatrisch zu diagnostizieren, einerseits Grundbegriffe der Sozialen Arbeit wie Hilfe, Partizipation, Eigensinn und so weiter ausgehöhlt und andererseits deutlich gemacht, dass die Entwicklung in eine Richtung von Expertisierung oder auch Bürokratisierung von Jugendhilfe gehen soll. Eine völlig andere Jugendhilfe.

T: Ja, das war in den ersten Entwürfen stark, in denen der Begriff der Erziehung ganz und der der Hilfe fast vollständig getilgt war und das Ganze nur noch über den Leistungsbegriff definiert wurde; das ist inzwischen aufgrund des ja erfreulich deutlichen und auch einhelligen Protestes der Fachleute und der Verbände zurückgenommen worden. Die Tendenz, die Beschreibung sozialpädagogischer Bedürftigkeit eher psychologisch oder psychiatrisch, auf jeden Fall aber klassifikatorisch festzulegen, ist damit sicher noch nicht aus der Welt. Diese Tendenz scheint mir fatal. Ich gehe davon aus, dass der Hilfeplan deshalb das Kernstück des alten KJHG ist, weil er eine kommunikative gemeinschaftliche Verhandlung darüber verbindlich macht, was in der Lebenswelt eines Menschen das Problem ist und wo es Ressourcen geben könnte, die aktiviert werden können, um zu Hilfen zu kommen. Sozialpädagogik ist Kommunikation als Verhandlung unter allen Beteiligten, um einen gemeinsamen Plan für Hilfen zu finden. Das setzt Ressourcen, das setzt Zeit, das setzt vor allen Dingen eine Fähigkeit voraus, sich gleichsam kasuistisch auf die jeweils individuellen Problemlagen einzulassen; das setzt vor allem auch voraus, dass alle Beteiligten die Möglichkeit haben, ihre eigenen Deutungen in den Prozess einzubringen, dass sie nicht schon durch Vorgaben, Klassifikationen oder rasche Entscheidungen gleichsam entmutigt werden, ihre

eigene Problemsicht überhaupt zur Sprache zu bringen. Probleme aussprechbar zu machen, dachte ich, ist eine wesentliche Voraussetzung eines kommunikativ angelegten Hilfeplans; das ist der Kern des alten Gesetzes, aber eben auch der Kern einer spezifisch sozialpädagogischen Arbeit. Das muss als Berufsbewusstsein, als Berufsidentität festgehalten und vertreten und in Zukunft sicher noch weiter ausgearbeitet, noch weiter stark gemacht werden. Sozialpädagogik neigt ja dazu, sich auch an vorgegebene Klassifikationen oder Diagnosemuster zu halten und ihren eigenen spezifischen schwierigen Weg des Aushandelns eher hinten an zu setzen. Es braucht ein Selbstbewusstsein für dieses spezifische Geschäft der Sozialen Arbeit, in den gemeinschaftlichen Verhandlungen zu einer Klärung der in der Lebenswelt möglichen Lösungen zu kommen.

C: Müsstest du dafür nicht zu allererst Wege und Möglichkeiten gestärkt werden, dass die Betroffenen in ihrer Artikulationsfähigkeit unterstützt werden?

Ich habe aber den Eindruck, dass in den letzten Jahren die Versuche, da neue Methoden auszuprobieren, eher zurückgegangen sind oder zurückgefahren wurden, weil die natürlich sehr aufwendig sind. Weil die sehr viel Zeit brauchen, weil im Vorfeld des eigentlichen Hilfeplangesprächs dann schon mit den einzelnen Adressaten gearbeitet werden muss.

T: Das ist richtig – und deshalb will ich noch einmal skizzieren, was eigentlich nötig wäre. Damals bei unseren JULE-Untersuchungen hat uns sehr erregt, dass wir in den 300 Akten kein einziges Selbstzeugnis eines Jugendlichen gefunden haben, sondern immer nur die Berichte der Sozialarbeiter oder der Therapeuten oder der Mediziner. Das heißt, die AdressatInnen sind immer nur schon interpretiert vorgekommen. Der Raum, sich in einem biografischen Interview oder einer Lebenserzählung selbst darzustellen, fehlt, es fehlt ein Raum zu erfahren, was man kann und wer man ist. Solche Ansätze sind ja auch sehr aufwendig, aber ich glaube, dass wir sie brauchen, wenn wir an die Realprobleme der AdressatInnen herankommen wollen. In diesem Zusammenhang finde ich zum Beispiel auch Erfahrungen aus politisch akzentuiertem Stadtteiltheater ganz spannend, wie Theatererfahrungen überhaupt, aber auch Musikerfahrungen, in denen Menschen in einem anderen Arrangement merken, wer sie sind und was sie für Möglichkeiten haben. Dafür haben wir im Hilfeplan eigentlich keine Räume vorgesehen. Schon biographische Interviews sind zu aufwändig. Abgesehen davon, dass sich bei denen ja immer auch das Problem stellt, wie ich mit der Interpretation zurande komme, haben Interpretationen ja nur dann einen Sinn, wenn sie gemeinsam verhandelt und auf den Begriff gebracht werden und nicht nur im Abseits unter den Fachleuten interpretiert werden. Also, wie können Verfahren und Räume

geschaffen werden, damit Menschen erzählen, was ihnen wichtig ist – unabhängig zunächst davon, wie es in Überlegungen übersetzt werden kann, wie Hilfen arrangiert werden, wie sie von der biografischen Erzählung und dem Selbstbild als Mensch zu einem Status als Adressaten kommen. Da fehlt, glaube ich, ganz viel vor allem, wenn man die alte Binsenwahrheit ernst nimmt, dass in ganz vielen Hilfskonstellationen das eigentliche Problem das ist, dass jemand dazu kommen kann, dass er weiß, dass er Hilfe braucht.

Und noch eins. Wenn nun – unter welchen Bedingungen auch immer – so ein Hilfeplanprozess in Hinblick auf das gegebene Gesetz beginnt, ist das der Beginn einer Aktivität im kasuistischen Raum, wie ich das mit Reinhard Hörster nennen möchte. Man beginnt mit einer Bestandsaufnahme oder mit einer Klärung der Situation. Dies kann aber nur der Beginn einer gemeinsamen Verhandlung sein, von wo sich die Sicht auf die Situation im Handeln immer wieder neu verschiebt. Sozialpädagogisches Handeln geschieht im Muster des klassisch hermeneutischen Zirkels: Ich habe ein Bild, mit dem ich beginne zu agieren. Im Handeln ergibt sich dann wiederum ein neues Bild, das ist ein immer ineinander gehender Prozess von Deutungen und Handlungen.

3

C: Für mich stellt sich die Frage, welche Konsequenzen es für den kommunikativen Prozess hat, wenn die Sozialpädagogin oder der Sozialpädagoge ein Verständnis der lebensweltlichen Probleme zu erlangen sucht, das mit Diagnosen verbunden wird, z.B. Vernachlässigung der Kinder als Überforderung der Familie und Vergleichbares. Da sind wir ja bei dem Problem der Klassifizierung, der Normierung, der Normalitätsvorstellung und wir haben einen nicht-dialogischen Prozess vor uns, in dem Sinne, dass der eine mehr Durchblick hat als der andere.

T: Das ist sicher ein notwendiger Einwand. Wenn ich zunächst die Offenheit der situationsbezogenen Kommunikation betont habe, wäre es fahrlässig, wenn ich nicht davon ausginge, dass das ein Prozess ist, in den auch ganz viele Vorgaben mit einfließen können und müssen. Natürlich gibt es Typisierungen von Problemlagen, natürlich gibt es bestimmte, als verschieden erkennbare Verhaltensmuster, natürlich gibt es diagnostisch sinnvolle Instrumente. Die professionelle Sozialarbeiterin verfügt über viele durch Wissenschaft geklärte und durch Erfahrung erhärtete Typisierungsvorschläge. Die Frage ist, wie sie so benutzt werden können, dass sie nicht – wie Sie gerade argumentiert haben – als Ausdruck von Überlegenheit den anderen wehrlos machen und den Dialog unterlaufen. Die Muster müssen in die offene Verhandlung hinein genommen, also in die reale Situation mit dem jeweils

konkreten Menschen hinein übersetzt werden. Der Sozialpädagoge darf nicht einfach in Typisierungen einteilen, er muss sie als ein Raster, als Muster nehmen, vor dessen Hintergrund sich eine individuelle Geschichte konturiert. In der Sprache der Lebensweltorientierung geht es um das Konzept der strukturierten Offenheit. Ich brauche Strukturierungen, aber ich brauche auch die Freiheit und den Mut, sie in die Offenheit der Situation hinein zu übersetzen. Das ist auch gemeint, wenn wir gerade vom kasuistischen Raum geredet haben. Es ist ein Raum, in dem es Muster und Orientierungen gibt, die ich in das Medium des Kasuistischen hineinsetze, nämlich in die jeweils individuelle oder situative Konstellation.

C: Das wäre Wissensverwendung bei Dewe/Otto?

T: Ja. Wissensverwendung und eben nicht -anwendung; es geht nicht einfach um die Subsumption der individuellen Fälle auf eine vorgegebene, typisierende Darstellung, sondern es ist die Aufgabe, Typisierungen gleichsam flexibel oder offen zu machen für die situativen Konstellationen.

4

C: Der neue, 15. Jugendbericht vom März dieses Jahres macht vor allem im Schlussteil deutlich, dass die Jugendhilfe wesentliche Bewältigungsaufgaben von Jugend übergeht und insofern Teil des Mainstreams geworden ist. Auf unsere bisherige Diskussion übertragen behaupte ich, dass sich diese Kritik ohne Weiteres auf die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt beziehen lässt.

T: Ja, aber ich würde gerne zunächst doch noch auf die spezifische Kritik des Jugendproblems eingehen. Ich denke, dass es ist ein wirkliches Verdienst des Jugendberichtes ist, deutlich zu machen, dass angesichts der starken Akzentuierung der Kindheitsdiskussion in der letzten Zeit die Jugend sehr an den Rand geraten ist und dass die alte Forderung, auf der Walter Hornstein zu insistieren nicht müde wurde, hier jetzt aufgenommen und massiv verdeutlicht wird, nämlich, dass die Gesellschaft eine eigene, differenzierte und in den Ressorts miteinander abgesprochene Jugendpolitik braucht, also eine wie man sagt, ressortübergreifende Jugendpolitik. Ich finde es im Bericht auch spannend, dass er auf der einen Seite die Eigentümlichkeit von jugendlichen Bewältigungsaufgaben betont und die Ressourcen, die hier notwendig sind, dass er aber zugleich den Begriff der Jugend dahingehend auflöst, dass die spezifischen Jugendprobleme nicht einfach an das biologische Alter geknüpft werden können, sondern sich bis weit in das hinein erstrecken, was man das junge Erwachsensein nennt. Und in dem Bericht ist wirklich aufregend, dass er davon ausgeht, dass Probleme angegangen werden müssen,

weil sie sich als Probleme stellen und nicht, weil sie eine bestimmte Altersklasse betreffen. Da radikalisiert er ein Problem, das die Jugendhilfe und wir alle ja seit Jahrzehnten benannt haben. Jugendliche in der Jugendhilfe sollen mit 18 mit ihren Problemen zurande kommen in einer Gesellschaft, in der deutlich wird, dass die jugendlichen Bewältigungsaufgaben sich bis weit in die zwanziger Jahre hinein erstrecken, in einer Gesellschaft, in der es, wenn ich das so sagen darf, in besser situierten Verhältnissen, völlig selbstverständlich ist, dass Jugendliche auch mit 20 und darüber hinaus in Bezug auf die Ausbildung und den Beruf, aber auch in den Schwierigkeiten mit Freundschaften oder mit der sog. Existenzgründung, auf vielfältige familiale, private und freundschaftliche Ressourcen angewiesen sind und sie sehr oft auch und ganz selbstverständlich nutzen können. Genau dies aber wird den Jugendlichen vorenthalten, die auf Erziehungshilfen angewiesen sind. Ich habe das immer an zwei Komplexen sehr deutlich gesehen. Einmal, wenn ich Pflegeverhältnisse verfolgt und gesehen habe, wie die Pflegeeltern sich dieser Altersgrenze einfach nicht entziehen können und sich Lebensverhältnisse entwickeln, die weit in die zwanziger Jahre hinein als Unterstützungsverhältnisse informell selbstverständlich sind, etwas, was unsere Gesellschaft als gleichsam „schwarze Hilfe“ bisher immer als völlig selbstverständlich mitgenommen hat. Und zum anderen wird in den Untersuchungen zu den Care-Leavern deutlich, was es für fatale Folgen hat, wenn Jugendliche im Prinzip mit 18 auf sich selbst oder auf ein familiales, verwandtschaftliches oder nachbarschaftliches, freundschaftliches Umfeld geworfen werden, das ihnen die notwendigen Ressourcen nicht geben kann. Ich fand im Jugendbericht auch die Untersuchungsberichte darüber, wann es zum Abbruch der Hilfe kommt, sehr aufregend, weil deutlich wird, wie das in vielen Fällen gegen den Willen der Jugendlichen geht und bestimmt ist durch Kostenfragen und durch die in der Institution liegende Erwartung, dass Jugendliche möglichst schnell verselbständigt werden, damit die Hilfe zurückgenommen werden kann. Hier wird das Ziel der Verselbständigung in einer – ich denke, das muss man sagen – geradezu zynischen Weise in Situationen zur Geltung gebracht, in denen die Ressourcen zu einer solchen Verselbständigung noch nicht gegeben sind. So weit das noch einmal zur Jugend.

Darüber hinaus, denke ich, haben Sie Recht, wenn Sie darauf insistieren, dass generell die Jugendhilfe zu wenig und trotz aller Programmatik immer noch zu wenig auf die realen Lebensverhältnisse der unterschiedlichen Gruppen eingeht, mit denen sie es zu tun hat. Ich nehme zunächst noch einmal ein Beispiel, das auch deshalb ganz herausfordernd ist, weil es wirklich aus dem Bereich stammt, der momentan völlig im Fokus des gesellschaftlichen Interesses steht: Fast alle Kinder gehen inzwischen in den Kindergarten; der Kindergarten, also die institutionelle

Kinderhilfe, kann aber die vorgegebenen sozialen Unterschiedlichkeiten, also die aus der familialen Herkunft stammenden Benachteiligungen nicht wirklich angehen. Das ist sicher zunächst und vor allem eine Sache der sozialen Politik in Bezug auf Ressourcen und Status in den Lebenslagen des Alleinerziehens oder der Arbeitslosigkeit bzw. Dauerarbeitslosigkeit und des Migrationshintergrunds. Es ist aber auch ein Problem der sozialpädagogischen Hilfen. Sie müssten es zwischen Kindergarten und materieller Unterstützung den Menschen möglich machen, die Hilfen, die es gibt, zu nutzen. Es braucht beratende, unterstützende Hilfen um, zum Beispiel, Bildungswilligkeit in familialen Kontexten plausibel zu machen, in denen sie zunächst nicht gegeben ist oder unter gegebenen Umständen auch nicht gegeben sein kann. Es fehlt, wenn ich es richtig sehe, die zwischen den Systemen zupackende Frage, was eigentlich in den jeweiligen familialen Hintergrundmilieus als Unterstützung notwendig wäre, damit in ihnen, jenseits der gar nicht zu diskutierenden materiellen und institutionellen Unterstützungen, eine Haltung entsteht, die es möglich macht, dass die Kinder Bildungsinteressen entwickeln und vom Kindergarten profitieren können.

C: Die Kritik im 15. Jugendbericht habe ich umfassender verstanden. Nämlich so, dass die Jugendhilfe an den klassischen Entwicklungsaufgaben von Kindheit und Jugend vorbeigeht oder sie übergeht. Sie haben das am Beispiel der formalen Selbständigkeit mit Erreichen der Altersgrenze deutlich gemacht, der Jugendbericht bezieht sich aber auch etwa auf das Übergangssystem in der beruflichen Ausbildung und sagt, da geht es in erster Linie um Integration. Hier werden die spezifischen Entwicklungsaufgaben, also Orientierung, Verselbständigung, Selbstfindung übergangen. Die sind überhaupt nicht Thema. Sodass der institutionelle Blick auf die Jugend verkürzt ist. Und sich im Grunde nur auf Leistungsoptimierung bezieht, auf Integration in den Arbeitsmarkt.

T: Ich denke, dass hier am Beispiel Jugend zwei Probleme zusammenkommen, die für die Jugendhilfe – und die Soziale Arbeit insgesamt – gelten. Auf der einen Seite war es ja immer schon der Ansatz einer kritischen Sozialen Arbeit und gerade auch der Lebensweltorientierung, sich gegen die Selbstreferenzialität eines institutionellen Systems zu wehren, also – Luhmanns Analysen folgend – dagegen, dass ein System sich selbst bestätigen möchte und dass die Arbeit im System dadurch geprägt ist, dass die Probleme in die Sprache des Systems übersetzt werden. Diese Diskussion in der Jugendhilfe hat es immer schon gegeben; sie ist massiver geworden, je stärker sie sich etabliert und institutionalisiert hat. Ich fand Forschungen zum Beispiel von Stefan Königeter aufregend, der thematisiert hat, warum eigentlich so viele Hilfen, die beschlossen werden, genau zu dem Angebot

passen, das gerade verfügbar ist. Es geht da – boshaft formuliert – um die Herstellung einer gleichsam prästabilisierten Harmonie auf Kosten der Realinteressen der Adressatinnen. Die Art, wie zum Beispiel in Beratungen materielle Probleme verhandelt werden, ist auch immer wieder ein deutlicher Beleg; man sieht eher Beziehungsprobleme, weil man die leichter bearbeiten kann.

Das eine ist die institutionelle Selbstreferentialität, das zweite aber ist, dass dieses System bestimmte Ziele einlösen soll, die gesellschaftlich und sozialpolitisch gesetzt werden. Und hier dominieren derzeit die Priorität der Produktions- und Kapitalinteressen und die ihnen entsprechenden neoliberalen Erwartungen. Menschen gelten als Humankapital, sie sollen im gesellschaftlichen System funktionieren und dafür sind sie selbst zuständig. Sie tragen selbst die Verantwortung dafür, dass sie funktionieren – oder eben auch versagen. Diese Erwartung schlägt in den Maßnahmen und den Kriterien durch, die in ihnen gelten; an der Jugendberufshilfe und an der Arbeitsverwaltung wird das immer wieder besonders deutlich. Dies ist der dominante Trend, seine Mächtigkeit und Bedeutung im Konkreten und die Kritik daran können nicht zur Diskussion stehen. Aber es scheint mir doch notwendig, hier zu differenzieren. Natürlich muss Jugendhilfe auch dafür sorgen, dass Menschen in unserer Gesellschaft sich behaupten können, jeder will in der Gesellschaft bestehen und die darauf bezogenen Aufgaben müssen ernst genommen werden – und werden es vielleicht nicht immer so, wie es nötig wäre; die Arbeiten von Maren Zeller z.B. geben Hinweise darauf, dass die Jugendhilfe die Leistungsforderungen und Aufgaben im Schulsystem nicht immer so ernst nimmt wie die Adressatinnen selbst. So gesehen ist der Leistungsbegriff gleichsam gespalten, doppelgesichtig. Es gibt ein berechtigtes Bestreben der Menschen, in der Gesellschaft mithalten zu können und es gibt daneben und drin das neoliberale Interesse, eben diesen Leistungswillen auszukaufen und auszubeuten dafür, dass sie sich in die Logik der Arbeits- und Konsumwelt fügen. Dies Interesse entstellt und schluckt den gleichsam natürlichen Leistungswillen.

C: Das würde ja bedeuten, wenn ich wieder an den 15. Jugendbericht denke, die Jugendhilfe steht in der Gefahr, die benachteiligten Gruppen zu übergehen. Sie müsste sich in Wirklichkeit Gedanken machen, gerechte Voraussetzungen für alle zu schaffen. Der Jugendbericht nennt das Kindheit, Jugend, Familie ermöglichen. Und die Frage stellen, wie heute gute Kindheit, Familie und Jugend zu denken sind – im gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmen, bei Ungleichheitsstrukturen, bei Benachteiligungsstrukturen und bei institutionellen Selbstreferenzialitäten.

5

T: Damit geraten wir ganz ungeheuer ins Weite. Ich bin mir ja gar nicht sicher, ob und wie weit wir darauf hier eingehen können. Ich versuche es mal mit einer knappen, ganz vergrößerten Bemerkung. Ich sehe unsere Gesellschaft in sich widersprüchlich, im Konflikt zwischen Kapital- und Sozialinteressen und in der Arbeit an einem Kompromiss, der aber dem Kapital in seinen Machtstrukturen immer nur als wesenswidrig abgenötigt werden kann, so wie es schon Heimann in seinen Analysen zum sozialen Kapitalismus dargestellt hat. Wir leben in der kapitalistischen Gesellschaft, aber sie ist sozialstaatlich gleichsam eingedämmt. Diese sozialen Interessen, also die Interessen an Gerechtigkeit und Gleichheit sind in unserer Gesellschaft ein im Konflikt immer mitbestimmender Faktor in den Institutionen der Sozial-, Arbeits- und Bildungspolitik und eben auch in der Jugendhilfe: Sie hat den Auftrag der sozialpädagogischen Unterstützung der Menschen in ihren Lebensproblemen, sie will helfen, dass sie ihre eigenen Ressourcen erkennen und nutzen und auf diese Weise zu einem gerechteren Leben, zur Teilhabe an der Gesellschaft kommen können. Das ist jedenfalls die Hoffnung der unterschiedlichen Hilfen innerhalb der Sozialen Arbeit. Natürlich gilt die Grundstruktur des Kapitalismus, der Unterschied zwischen arm und reich, zwischen Besitzkapital und Erwerbseinkommen und die z.Z. so ungebändigte Tendenz der sich öffnenden Schere zwischen oben und unten. Aber es gibt – zugleich, daneben und darin – auch das Sozialstaatsprinzip und die Intentionen und Institutionen der sozialstaatlichen Bändigung und Zähmung im Zeichen sozialer Gerechtigkeit – und die Geschichte des Sozialstaats zeigt, auf die letzten Jahrhunderte in unserer Gesellschaft bezogen, dass sie auch als Erfolgsgeschichte gelesen werden muss. Meine vorhin gestellte Frage nach den Aufgaben der Sozialen Arbeit im Vorschulbereich ging dahin, ob wir diese in der Struktur unserer Gesellschaft angelegten Hilfen nicht anders und extensiver nützen müssten, weil es so, wie es derzeit geschieht, offensichtlich nicht genügt; der Anteil in der Gesellschaft derer, die benachteiligt bleiben, ist nicht nur skandalös konstant, er wächst. Jedenfalls sehe ich, dass Familienhilfe da, wo man sie für angezeigt hält, nicht wirklich greift, weil die Mittel dafür zu knapp sind. Ich sehe Hilfeverläufe, die nicht von den Problemen der Menschen aus angegangen werden, sondern eher unter vorgegebenen Zielen absolviert werden, dass es nicht zu teuer sein darf, dass sie unaufwendig sein und bald beendet werden können. Ich frage mich also, ob die Jugendhilfe nicht in einer anderen Weise darauf insistieren müsste, dass sie Ansätze zu einer Hilfe hat, die sie zur Zeit gar nicht wirklich einsetzen kann, dass man andere Ressourcen bräuchte, um wirklich unterstützen zu können. Die Soziale Arbeit könnte intensiver und extensiver genutzt werden und so auch anders wirken.

C: Mit der Agenda 2010 ist ja eine massive Prekarisierung bestimmter eh schon benachteiligter Lebenslagen in Gang gesetzt worden, die sich möglicherweise auch im Anstieg zur Hilfen zur Erziehung seit 2008 wiederfinden lässt. Wir haben eine partielle Relativierung von Gerechtigkeitsvorstellungen und Ermöglichungen von guter Kindheit.

T: Ja. Also nochmals: Ich fände es ganz fatal, wenn das, was ich über die Intensivierung der Erziehungshilfen gesagt habe, ausgespielt würde gegen sozialpolitische Veränderungen. Die müssen thematisiert und eingefordert werden und ich denke eine Jugendhilfe, die nicht ihr Mandat der Einmischung benützt, die nicht aus ihren Erfahrungen heraus in der Sozialpolitik mitmisch, ist keine vertretbare Jugendhilfe. Aber ich bleibe dabei, dass sie auch über Ansätze verfügt, die noch nicht ausgereizt, noch nicht genutzt sind und die genutzt werden könnten. Viele Menschen brauchen offensichtlich mehr als bisher Hilfen dazu, mit den sozialpolitischen und bildungsmäßigen Vorgaben unserer Gesellschaft umzugehen. Also ich variere den alten und wie ich finde wunderbaren Pestalozzi-Satz: „Auch wenn er schreit und sich wehrt, er muss rechnen lernen, denn kann er nicht rechnen, wird er betrogen.“ Man muss den Umgang mit den Chancen in unserer Gesellschaft lernen und ich glaube, dass da von der Jugend- und den Erziehungshilfen manches intensiviert werden kann.

6

C: Sie haben 2008 in einem Essay über Bildung weit ausholend Bildung als Teil der Schule wie der Sozialpädagogik, anthropologisch, aufklärungstheoretisch, sozialhistorisch rekonstruiert. Was sind die dringlichsten Aufgaben, wenn wir das aus der Lage der Jugendhilfe heute betrachten?

T: In meinen Überlegungen zur Bildung ist zweierlei für mich wichtig: Auf der einen Seite, dass Bildung als die Frage, wie der Mensch sich ins Verhältnis zur Welt setzt und darin ein Verhältnis zu sich selbst findet, eine generelle Beschreibung dessen ist, was im Leben geleistet werden soll. Und, dass das nicht nur Alltagsbewältigung ist, sondern auch in Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen, kulturellen, politischen und religiösen Inhalten geschieht. Bildung meint eine Auseinandersetzung mit der Welt im Ganzen oder, moderner geredet, in den Dimensionen aller Kapitalsorten. Bildung kann, so gesehen, nicht für einen bestimmten Sektor in der Gesellschaft gepachtet werden. Bildung gehört nicht zur Schule allein, sie gehört aber auch nicht allein zur Sozialen Arbeit oder zur Jugendarbeit. Meine Vorstellung ist, dass es diese allgemeine Aufgabe gibt, dass Menschen in der Welt sich arrangieren und ein Bild von der Welt und von sich

finden müssen und dass das in unserer Gesellschaft in unterschiedlichen Sektoren und in unterschiedlichen Logiken angegangen wird. Das eine ist die Tradition der schulischen Bildung mit ihren spezifischen Inhalten und Verfahrensweisen. Das andere ist, Bildung im Leben, Bildung als Leben lernen. Das ist das, was man als informelle Bildung bezeichnet, im Gegensatz zur formalisierten Bildung. Dazwischen liegen dann Anregungen und Unterstützungen zwischen der Alltagsbildung und der schulischen Bildung; es braucht Anstrengungen, um in dieser Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen institutionellen Vorgaben, also zwischen Schule, Beruf und Arbeit, zwischen Privatheit und Öffentlichkeit zurande zu kommen. Früher hat man gedacht, das schaffe der Alltag von allein, nun aber wird zunehmend deutlich, dass das heute so nicht mehr geht. Es braucht Hilfen, also Alltagsbildung, Bildung, die wir nicht mehr der Naturwüchsigkeit der gegebenen Alltagsverhältnisse überlassen können, für die es Anregungen, Hilfen und Unterstützungen und Aufgaben braucht. Dies ist dann zum Beispiel der Bereich der Sozialen Arbeit. In ihr kommt es darauf an, dass sie nicht dem Muster des curricularen Lernens verfällt. Es gibt ja neuerdings Kollegen, die konstatieren, dass die Schulsozialarbeit ihre eigentliche Aufgabe vernachlässige und sich eher schulischen Lernmustern anpasse. Und andere Kollegen sagen, dass Familienhilfe oft auch so therapeutisch strukturiert wird, dass sie über die Bewältigung der realen Alltagsaufgaben hinweg guckt. Alltagsbildung aber meint, dass man den Alltag unterstützt, ohne die dort gegebene Logik der Alltäglichkeit und des Lernens im Alltagskaputt zu machen, also zu überformen oder durch fürsorgliche Belagerungen oder Methodisierung einzuengen. Hier werden sich für uns in der Sozialen Arbeit sicherlich in der Zukunft auch ganz andere Forschungsaufgaben ergeben, um analysieren und beschreiben zu können, wie sich diese Lern- und Bildungsprozesse im Alltag strukturieren, z.B. in der Bekämpfung von Sucht, in der Bekämpfung von Gewaltneigungen, von Neid, Resignation und Apathie oder in der „Ordnung des Lebens“ in Bezug auf Raum und Zeit, also auf die spezifischen Dimensionen der Alltäglichkeit. Auch Thomas Rauschenbach insistiert hier ja sehr, dass dies durchzubuchstabieren sei als die Aufgabe der nächsten Zeit; es gelte anzuerkennen, dass diese Aufgaben in unserer Gesellschaft neben den so breit akzeptierten curricularen Lern- und Bildungsaufgaben als gleichgewichtig gesehen und angegangen werden müssen.

C: So argumentiert Rauschenbach auch im 15. Jugendbericht, vor allem in Bezug auf die Ganztagschule.

T: Ja, genau. Ich würde aber gern noch eine weitere Anmerkung machen. In der Idee der Gleichberechtigung der verschiedenen Zugänge und ihrer wechselseitigen

Ergänzungsbedürftigkeit, steckt auch, dass die unterschiedlichen Bildungszugänge sich füreinander öffnen müssen, also für die Sozialarbeit geredet: Sie muss sich in einer anderen Weise öffnen auch für die Eigenlogik der schulischen und curricularen Lernprozesse. Vorhin haben wir ja schon davon geredet, wie wichtig sie für die Heranwachsenden sind. Wir dürfen sie von der Sozialpädagogik her nicht nur unter dem von ihr aus ja sehr naheliegenden Gesichtspunkt der Schwierigkeiten sehen – Sozialpädagogik sieht, wie ich früher einmal formuliert habe, die Schule gleichsam „von unten“ –, sondern auch erkennen, wie bedeutsam sie in ihren Karriereperspektiven ist und vor allem, wie spannend, aufregend, wichtig und welterschließend sie für junge Menschen sein kann – in Bezug auf Informatik oder ökologische Probleme oder die Lust an Musik und neuen Musikformen. Das sind Lernaufgaben mit Lebensgewinn, das muss auch von der Sozialarbeit unterstützt und gefördert werden.

7

C: Was heißt heute Normalisierung, wo sich das Verhältnis von Normierung und Normalisierung deutlich verschoben hat? Institutionelle Kategorisierungen wie z.B. Schulreife, Entwicklungsstörungen, Verhaltensauffälligkeiten, Sprachstörungen, Delinquenz, ADHS usw. werden wissenschaftlich in den letzten Jahren als institutionelle Zensuren und als Zuschreibungen hinterfragt und gelten weniger als objektive Beschreibungen.

T: Also ich denke, unsere Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass die institutionellen Vorgaben zur Normalisierung des Lebens zunehmen.

Ich meine, die fachspezifischen Definitionen sind das eine und gesellschaftliche Definitionen das andere. Beides spielt ineinander. Das wird deutlich an den normalisierten Erwartungen an die Frauen, die ja – salopp geredet – auch bei uns erst seit wenigen Jahrzehnten als gleichberechtigt bis in alle Alltagsverhältnisse gesehen werden und – um noch ein anderes drastisches Exempel zu erinnern – an der Homosexualität und den Fragen der Vieldeutigkeit in der sexuellen Orientierung. Das sind gesellschaftliche Probleme, in die dann in den unterschiedlichen Professionen unterschiedlich aufgenommen wurden, indem sie pathologisierende Definitionen entwickelt und verfestigt haben, die Psychiatrie, die Kriminologie und eben auch die Pädagogik. Ich erinnere nur an die Diskussion zum Verwahrlosungsbegriff.

In diesem Zusammenhang habe ich noch einen anderen Punkt. Die festgelegten Bahnen, die normalisierten Bahnen und Erwartungen verheißen, dass man in unserer Gesellschaft zurande kommt, sie beanspruchen Energie und Zeit.

Gleichzeitig aber ist die Gesellschaft eine, in der sich die schlichten Karrieren und Erwartungen auflösen, alles ist ungesichert und offen, die Verhältnisse sind unübersichtlich und – wie man sagt – entgrenzt. Die Ansprüche der Normalisierung und ihre Macht und diese Offenheit widerstreiten sich; das ist ein großer Widerspruch, der bewältigt werden muss.

Offenheit geht einher mit Normierung und Normierung mit Offenheit. Angesichts des Gewichtes der normalisierten Erwartungen scheint es mir notwendig, auf dem Spielraum zu bestehen, damit man für den Umgang mit dem Offenen, mit dem Risiko Raum hat. Damit es nicht einfach weggedrückt und zur Nebensache erklärt wird, damit man dem auch nachgehen kann, damit man auch das gestalten kann, also damit man sich Krisen zugesteht, dass die dazugehören, dass sich auch in ihnen und durch sie hindurch die Lebensgestalt bilden kann – nicht nur, aber auch in ihnen. Es braucht für die Aufgaben eines Lebenslernens Freiräume, Umwege, Pausen. Man muss sich nicht immer anstrengen, sondern man muss sich auch ausruhen können, und man muss Ereignisse kommen lassen oder wachsen lassen können. Und man muss die Dinge, die in unserer Gesellschaft im Zug der normierten Leistungserwartungen dann auch eher tabuisiert sind, zulassen können, also Krankheit, Sterben, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung.

8

C: Wir wenden uns jetzt der Weiterentwicklung der Jugendhilfe zu. Im gültigen KJHG sind zwei Schwerpunkte genannt im §36 Hilfeplanung. Beteiligung einerseits der Adressaten und zwar sowohl der Kinder, Jugendlichen und deren Eltern und andererseits die Teamarbeit im weitesten Sinne, die Zusammenarbeit mehrerer Fachkräfte heißt es im Gesetzestext.

T: Ich würde gern mit der Teamarbeit beginnen. Ihre Notwendigkeit kann gar nicht zur Debatte stehen, aber ich möchte gern, ehe wir da auf die heutigen Aufgaben und Probleme eingehen, betonen, dass ihre Voraussetzung ein stabiles Wissen um die spezifischen Aufgaben und Möglichkeiten der Sozialen Arbeit ist. Die Jugendhilfe braucht ein Bewusstsein für das, was der sozialpädagogische Blick im Unterschied zu einem schulischen Lehrerblick oder zu einem therapeutischen Blick ist, auch im Unterschied zu den sozialpolitisch notwendigen, materiellen und rechtlichen Unterstützungen in den Lebenslagen. Der sozialpädagogische Blick zielt darauf, wie Menschen in den gegebenen Verhältnissen zurande kommen und so zurande kommen, dass sie erfahren, dass es auf sie selbst ankommt, dass es ihr Leben ist, dass sie ihr Leben gestalten können und dass sie das in Solidarität mit anderen erfahren können. Der Zugang zu Problemen, wie er für die Sozialpädago-

gik charakteristisch ist, liegt in den Bewältigungsaufgaben im Horizont sozialer Gerechtigkeit und einer Lebenskunst, wie das schon Alice Salomon genannt hat und was neuerdings ja vielfältig erörtert wird, also eines Lebens im Horizont eines gelingenderen Alltags, wie ich es gefasst habe. Dieses Bewusstsein braucht die Soziale Arbeit, weil es das sichert, was sie berufsmäßig befördern können soll und will. Dieses ihr Geschäft zeigt sich in unserer Gesellschaft zunehmend aber als eines, das auch in Kooperation mit anderen Institutionen angegangen werden muss, es geht um Probleme der Lebensbewältigung im Umgang mit schulischen Problemen, mit medizinischen und vor allem mit berufsmäßigen Problemen. Hier muss Soziale Arbeit darauf drängen, ihren spezifischen Blickpunkt einzubringen in den Systemen, die in einer anderen Logik strukturiert sind und die Probleme anders definieren. Soziale Arbeit braucht also beides: ein Wissen von dem, was für sie spezifisch ist, was sie kann und nur sie kann und ein Wissen um die Aufgaben und Chancen, die sie kooperativ in Netzen realisieren muss. Und da scheint es mir wichtig, dass man das heutige übliche Reden von Kooperation und Vernetzung im Horizont der Realität sieht, also im Horizont der Hierarchien zwischen den verschiedenen Berufsgruppen und ihren angestammten Definitionsdomänen, also im Horizont dessen, was man als „War of Professions“ bezeichnet. Man muss wissen, dass man seine Sicht durchsetzen muss gegen Sichten, die in unserer Gesellschaft aus Gründen der Tradition oder der heutigen Gesellschaftspolitik mächtig sind. In diesem Wissen von der Eigensinnigkeit, verbunden mit der Fähigkeit zur Kooperation und Vernetzung mit anderen, kann und muss es darum gehen zu sehen, wie die komplexen, vielschichtigen Probleme der Adressaten für sie artikulierbar und behandelbar werden.

In der Ganztagschule z.B. wird deutlich, welche Aufgaben und Schwierigkeiten hier liegen. Die Aufgabe ist das Zusammenspiel der Bildungen, wenn ich das, was wir oben gesagt haben, einmal so zusammenfassend formulieren darf. Die schöne Idee einer neuen Bildungslandschaft mit ihren unterschiedlichen Akteuren aber verführt dazu, die Kooperationen zu schnell als eingelöst zu sehen. Ich habe das Gefühl, dass man sehr vorsichtig sein muss, weil die realen Spannungen und die Macht der Schule groß sind. Die Kooperation von Schule und Sozialarbeit ist immer auch eine hierarchische Auseinandersetzung zwischen der etablierten Schule und der noch nicht etablierten Sozialen Arbeit; die Schule ist durch die Jahrhunderte gewachsen und wird in unserer Leistungsgesellschaft, davon haben wir vorhin ja geredet, immer stärker, weil die Frage der Qualifikationen, der Zertifikationen und Abschlüsse zunehmend in den Vordergrund geraten. Und, je unsicherer und auch brüchiger reale Berufskarrieren werden, umso stärker wird das Bestreben, durch Qualifikationen für alles gerüstet zu sein. Das Gewicht des

schulischen oder ausbildungsbezogenen Lernens nimmt sehr zu und dagegen Alltagsbildung zu behaupten, ist nicht einfach. Das gelingt immer wieder gut, bleibt aber in der Praxis oft sehr anstrengend.

C: Die Aushandlung bleibt trotz unterschiedlicher Macht und Definitionsmacht eine Aufgabe, die angegangen werden muss. Und da spielen auch Machtstrukturen und Privilegien, über die Eltern etwa, eine zentrale Rolle.

T: Es ist eine Frage auch danach, welche Ressourcen die Beteiligten in diese Aushandlung mit einbringen können. Es kommt darauf an, dass sie so gegeben sind, dass die jeweilige fachspezifische Definition auf Augenhöhe mit den anderen verhandelt werden kann. Wenn ich da eine Bemerkung anhängen darf: Es ist doch leider einfach so – und das wird mir erst in der letzten Zeit klar –, dass unsere Erwartungen, dass die Sozialarbeit neben den anderen Berufen auf Augenhöhe agieren kann, schon von der Ausbildung, also nicht nur vom Gehalt her nicht gegeben ist. Es ist ja schon aufregend, dass die Juristen davon ausgehen, dass man mit einem Bachelor sowieso wenig machen kann und dass natürlich keiner mit einem Staatsexamen ohne Referendariat schon ein Richteramt wahrnehmen kann. Die klassischen Berufe haben alle so etwas wie ein Referendariat, Vikariat oder eine bewusste Probezeit, während wir in der Sozialen Arbeit in einer Art – wenn ich provozieren darf – professioneller Selbstüberschätzung davon ausgehen, dass unsere Leute, wenn sie studiert haben, gleich mit der Praxis zurande kommen. Wir schubsen sie gleichsam in die Praxis hinein.

C: Aber das muss man doch sehr differenzieren, es gibt das Anerkennungsjahr und es gibt die Unterschiede zwischen Universitäten und Hochschulen ...

T: Gewiss, das ist so und das Problem wird ja auch diskutiert und angegangen. Aber ich möchte trotzdem dabei bleiben, dass diese Ansätze den traditionellen Berufen gegenüber ein prinzipiell anderes Format haben. Das wird ja auch noch einmal durch die reale Bachelorisierung bestärkt; sie führt im Endeffekt dazu, dass die von uns erhoffte Gleichstellung zur Medizin, Justiz, Psychologie und zur Schule wieder zurückgenommen wird.

Also ich denke, dass die Nicht-Nutzung der sozialpädagogischen Möglichkeiten oder die Notwendigkeit der stärkeren Nutzung, von der wir oben geredet haben, auch einhergehen müsste mit einer Frage, was eigentlich die von der Ausbildung her gegebenen unabdingbaren Voraussetzungen für professionelle Arbeit in diesem Feld sind. Was bedeutet es, wenn wir uns wirklich ernst nehmen und die Bewältigungshilfen, für die die Soziale Arbeit zuständig sind, als gleichberechtigt verstehen neben den schulischen oder therapeutischen Hilfen. Es braucht eine

intensive Einübung in die Professionalität des Handelns als Vermittlung von Theorie und Praxis in der Relationierung der je eigensinnigen unterschiedlichen Denk- und Handlungssysteme.

9

C: Nun zum anderen wichtigem Thema, der Partizipation. Der 15. Jugendbericht betont die gelebte Demokratie, also die Partizipation in den Institutionen, in den Einrichtungen, in den Aktivitäten. Das wäre das eine, das andere ist die Frage, lässt sich nicht Demokratie auch als Mitgestaltung im Hilfesystem lesen? Da gibt es amerikanische Ansätze, dass die Betroffenen selber beteiligt sind an der Strukturierung, Ausgestaltungen der Angebote und eventuell da auch Aufgaben übernehmen. Wäre das nicht auch ein wichtiger Aspekt für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe, also Demokratisierung im Sinne einer kollektiven Organisation von Lebensbewältigung?

T: Ja. Auf der einen Seite geht es um Partizipation in den Lebensverhältnissen, um die gemeinsame, partizipative Gestaltung des Alltags, der Lebenswelt. Das fängt in der Familie schon an, repräsentiert sich in der Schule vielfältig in der Unterrichts- und Schulkultur einer bewusst demokratischen Schule und ebenso in sozialpädagogischen Institutionen und ihrer Partizipations- und Demokratiekultur. Da gibt es ja bis zu Korczak zurück für die Heimerziehung ganz spannende Modelle und inzwischen ganz viele neue Ansätze – also, wie können Eltern, deren Kinder im Heim leben, partizipieren, wie können Lehrer mit hineingenommen werden in schwierige Erziehungsprozesse, die im Heim oder in der Beratungsstelle praktiziert werden? Das heißt also, Partizipation als ein Prinzip, nach dem generell alle in eine „Affäre“ Verwickelten die Möglichkeit haben, mit zu gestalten und mit zu bestimmen. Diese Mitbestimmung oder Mitgestaltung in den unterschiedlichen Arrangements scheint mir ungeheuer wichtig gerade in der Breite von lebensweltlichen Arrangements bis zu formalisierten Partizipationsregelungen. Aber da liegt ein Problem, das sich generell in der Gesellschaft, aber eben auch in der Jugendhilfe zeigt, nämlich eine große Aversion gegen formalisierte Partizipationsprozesse; ich denke, dass es da besondere Lernanstrengung braucht: Wir leben in einer repräsentativen und verfassten Demokratie und müssen dafür Nachwuchs haben. Und es geht nicht, dass wir alles nur in lebensweltliche Projekte verschieben, weil die Politik es ist, die bestimmte Dinge beschließt. Also man braucht, denke ich mir, eine ausdrückliche Erziehung auch zum Willen zu formalisierten Prozessen und den Willen zur Delegation und zur Akzeptanz der Delegation.

Das ist das eine; aber mich beschäftigt noch etwas anderes. In Lebensverhältnissen in unserer Gesellschaft, die randständig oder unterprivilegiert sind, ist der Wille zur politischen Beteiligung minimal, wahrscheinlich aus Frustration, weil man denkt, dass das sowieso nichts bringt. Und auch hier haben Jugendhilfe und Soziale Arbeit die Aufgabe, nach Formen der Lust an der Partizipation und der politischen Mitbestimmung zu suchen, also Frustration, Wut und Enttäuschung so weit aufzugreifen, dass aus ihnen ein Wille zur Gestaltung wächst. Das wäre ein spezifischer Auftrag der politischen Bildung in der Sozialpädagogik gerade mit den Gruppen, von denen man inzwischen in einer oft ja erschütternden Weise weiß, wie sehr sie sich vom politischen System abgehängt fühlen. Herr Butterwege hat gerade in einem Referat berichtet, dass in Köln der Unterschied der Wahlbeteiligung zwischen privilegierten und nicht privilegierten Stadtteilen zwischen 80 und 20 % liegt.

C: Aus der Geschichte kennen wir genossenschaftliche Ansätze, als Selbstorganisation von Unterprivilegierten und in der repräsentativen Demokratie nicht vertretenen Interessen. Wäre das nicht auch ein Ansatz?

T: Ja, genau. Es ist großartig und vielfältig, was es an selbst-, also genossenschaftlich organisierter Selbsthilfe oder an Initiativen der Selbsthilfe gibt. Ich denke, dass es keinen Weg zur Partizipation gibt, der nicht an unmittelbare eigene Lebensinteressen anknüpft. Aber es liegt mir daran festzuhalten, es braucht auch Wege, bestimmte Probleme zu formalisieren. Wir beschreiben ja seit langem, dass die Menschen sich überall in Projekten kräftig engagieren und dass das klappt und dass sie da auch sehr viel investieren, aber, wenn das Projekt vorbei ist, ist es auch wieder vorbei. Und das reicht, denke ich mir, für die längerfristigen Planungs- und Gestaltungsprozesse in unserer Gesellschaft nicht. Sondern es muss von da aus ein Wille erzeugt werden, sich auch an formalisierten Prozessen zu beteiligen.

10

C: Ich hatte es radikaler gemeint, ob nicht ganz grundsätzlich und viel weiter gefasst als Ombudsstellen, eine Beteiligung in Form einer Selbstverwaltung, Mitverwaltung, denkbar oder anzustreben wäre.

Beim Hilfeplan bezieht sich ja die Beteiligung zunächst nur auf kleine Einheiten, also die Familie, und eventuell auf die Schule und ausgewählte lebensweltliche Bereiche oder Institutionen. Meine Idee ist ein bisschen weiter, könnte man sich nicht eine sozialräumliche Selbstorganisation vorstellen, wie man mit Bewältigungsproblemen von Kindern, Jugendlichen und Familien umgeht? Das wäre ein

wesentlich weiter gefasstes Verständnis von Partizipation, als es im KJHG bei der Hilfeplanung konzipiert ist.

T: Ich meine, das KJHG nutzt den Begriff der Partizipation und es nutzt ihn, scheint mir, gut. Aber er hat doch auch einen eigentümlichen patriarchalischen Ton, man lässt teilhaben, man gewährt Teilhabe. Und deshalb habe ich die ganze Zeit vorsichtig von Gestaltung geredet. Partizipation und Gestaltung, Gestaltungsaufgaben in unterschiedlichen Räumen. Aber ich will präzisieren. Planung darf nicht nur Planung des Amtes sein, sondern muss aus dem Stadtteil heraus wachsen. Und darauf bezogen ist das Problem, dass es dazu auch Abstimmungen und Regelungen von Mehrheiten und Minderheiten braucht, Einspruchsmöglichkeiten und Möglichkeiten zur Delegation langfristiger Aufgaben und zur Verantwortungsübernahme in ihnen, zu Vertretungen und so weiter. Es braucht den Willen und die Verfahren, den Blick auf das Ganze zu erweitern und zwar von den eigenen Interessen auszugehen, aber sie dann auch zu erweitern, also nicht nur die jeweiligen eigenen Interessen zu verfolgen, z.B. darauf zu sehen, dass die Straße beruhigt und der Spielplatz in Ordnung ist und es einen Zugang zum Jugendzentrum oder Familienzentrum gibt, sondern darüber hinaus auch die Stadt im Ganzen im Blick zu haben und es z.B. mit Verkehrspolitik, Bau- und Gartenpolitik abzusprechen und mit der Wirtschaftspolitik und anderen ins Weitergehenden Zuständigkeiten.

II

C: In diesen Zusammenhang gehört noch ein weiteres Thema, das Verhältnis von Regel und Ausnahme, Sensibilisierung der Regelangebote, der Schule, des Kindergartens, der Familienzentren. Und da gibt es ja auch verschiedene Modelle, ehrenamtlich Gruppen zu erreichen, die sich sonst vielleicht gar nicht trauen, einen Hilfebedarf zu äußern, oder sich zuzugestehen.

T: Ja. Ich denke, dass sich die Aufgaben der Sozialen Arbeit längerfristig sehr stark dahingehend verschieben, dass die Sozialarbeiter mit den unterschiedlichen bürgerschaftlichen, zivilgesellschaftlichen oder nachbarschaftlich-familialen Formen von Unterstützung und Hilfe zusammenarbeiten müssen und dass die Klärung und Beratung dieser im Alltag sich vollziehenden Unterstützungen und Hilfe ein großes Geschäft der Sozialen Arbeit werden wird. Man könnte vielleicht von der sozialpädagogischen Unterstützung der Zivilgesellschaft in ihren Möglichkeiten reden.

Das kann man ja weiter spinnen. Ich denke also z.B. jetzt schon an den großen Überhang der Alten in unserer Gesellschaft, da gibt es ein großes Reservoir, da

gibt es nicht nur die natürlichen Großeltern, es gibt Wahlgroßeltern, Wahlanten. Es gibt sehr viele Menschen in Wohnprojekten, in denen sich Beziehungen neu ergeben, in denen Menschen Zeit und Ressourcen füreinander haben. Hier könnte Sozialpädagogik sehr hilfreich sein. Aber man muss weitergehen zu Modellen einer ganz wesentlich reduzierten Arbeitszeit oder einem bedingungslosen Grundeinkommen. Ich gehe davon aus, dass die Zivilgesellschaft längerfristig mehr Zeit zur Besorgung ihrer eigenen Geschäfte haben wird, als sie das heute hat. Hier werden Modelle innerhalb der Sozialen Arbeit in der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit praktiziert, die als Unterstützung solcher Alltags-, Hilfs- und Bewältigungsmuster sehr zunehmen werden. Von ihnen aus ergibt sich dann vielleicht die Kontur einer ganz neuen Gestalt unserer Zivilgesellschaft. Man müsste in diesem Zusammenhang auch auf den alten Bericht des Club von Rom zurückkommen, nach dem es Berufsarbeit gibt und Privatgeschäfte und bürgerschaftliche, zivilgesellschaftliche Aufgaben, also drei Sektoren, in denen Menschen nebeneinander und gleichwertig ihr Selbstverständnis und ihre Lebensidentität finden. Das wäre eine Richtung, eine, wenn Sie so wollen, mögliche Vision, wenn die Entwicklungen nicht – und ich denke, das ist bedrückend und beängstigend – von den politischen und kapitalbedingten Verhältnissen unterlaufen und gegenstandslos werden.

12

C: Das leitet gut über zu unserem letzten Punkt, der Wirkungsorientierung. Über den Begriff Wirkung brauchen wir nicht ausführlich diskutieren und auch nicht über seinen neoliberalen Hintergrund. Aber es geht doch darum zu verstehen, was wir tun, was wir erreichen und wie wir es erreichen.

T: Ich denke, dass die Sozialpädagogik hier ungeheure Defizite hat, die beklagen wir ja seit langem. Wir haben schon im achten Jugendbericht, also jetzt ja vor immerhin fast 30 Jahren, angemahnt, dass im Prinzip – also vor allen Finanzierungen der Praxis – im Bereich der Erziehungshilfen und der Sozialen Arbeit Gelder für Forschung sichergestellt werden müssen. Wenn ich sehe, was die Medizin und die Pharmazie zur Selbstbeobachtung durch Forschung selbstverständlich beanspruchen, ist das, was bei uns passiert, kläglich. Thomas Rauschenbach hat ja gerade wieder angemahnt, dass es unmöglich ist, wie die Jugendberichte als Nebenarbeit selbstverständlich erwartet werden, es ist eigentlich absolut unzumutbar. Also wir wissen, dass wir Forschung brauchen, aber das ist abstrakt, wir haben zu wenig Forschungsinstitute, schon verglichen mit der Schulforschung, einem Bereich, dessen Personalbestand, wie wieder

Thomas Rauschenbach nicht müde wird zu betonen, nicht geringer ist als der der Sozialen Arbeit. Ich denke nun, dass sich die Situation verändern wird in der Verwissenschaftlichung der Fachhochschulen, in denen zunehmend Forschungsräume geschaffen und etabliert werden, aber ich denke, hier ist ein ungeheuer großer Bedarf, denn ich gehe davon aus, dass es völlig selbstverständlich ist, dass in unserer verwissenschaftlichen Gesellschaft nichts getan wird, was nicht in Bezug auf seine Wirkung, vor allem auch auf seine Nebenwirkungen, seine unbeabsichtigten Nebenwirkungen geprüft wird. Wir stehen in der Selbstverständlichkeit einer Pflicht zur kritischen Selbstbeobachtung. Das Problem dabei scheint mir zu sein, dass wir darauf bestehen müssen, dass wir die angemessenen Fragen der Wirkungsanalyse stellen und nicht, wie es jetzt zum Teil üblich ist, betriebswirtschaftliche Effektivitätskriterien benutzen, um daran so etwas wie Wirkung zu messen. Die Frage nach der Wirkung muss sich auf das beziehen, was wir vom Fach her als Wirkung erhoffen – auch hier braucht es also das Insistieren auf der Eigenart, der Identität der Sozialen Arbeit. Wenn wir – pathetisch geredet – hoffen, dass wir dazu beitragen können, dass Menschen mit ihrem Leben besser zurande kommen und dass sie, wie wir vorhin ausholend gesagt haben, ein Verhältnis zu sich und der Welt finden können, indem sie Anerkennung für sich und für andere und Solidarität erfahren können, kommt es darauf an, Verfahren zu finden, in denen diese Prozesse beschrieben und bewertet werden. Das bedeutet nicht, dass man nicht Einzelaspekte bearbeiten muss. Aber der Blick muss auf diesen Lebensprozess und die Möglichkeiten der Lebensbewältigung gerichtet sein. Ich finde es in der neueren Diskussion ungemein spannend, dass die Sozialpädagogik in Forschungsansätzen nicht nur fragt, was in bestimmten Institutionen oder Einrichtungen bewirkt wird, sondern dass sie im Muster der Care Leaver-Forschungen, ihre Fragen auf den Lebenslauf bezieht, also auf das, was es für Menschen im Leben bedeutet, was sie als Hilfe erfahren oder nicht erfahren haben. Also die Öffnung in die Biographie, weg von den Eingriffsmöglichkeiten, und darin etwas, was ich in gewisser Weise auch als systemsprengend verstehen möchte. Das ist eine ungemein anspruchsvolle Forschung. Aber es ist das, was ansteht. Nur würde ich gerne festhalten, dass das nicht heißen darf, dass man nicht partielle Aspekte untersucht, also z.B. was geschlossene Unterbringung bewirkt oder nicht bewirkt oder ob unter welchen Voraussetzungen längere oder kürzere Heimerziehungen oder bestimmte Arten der Beratungsprozesse sinnvoll sind und ob und worin Out-Zeiten im Abenteuer oder im Theaterspiel für die Selbstklärung von Menschen hilfreich sind. Ich denke, dass es für die Sozialarbeit wichtig ist, Arrangements in Situationen und in der Komplexität von Alltags- und Lebenssituationen zum Thema zu machen.

C: Die Bielefelder Wirkungsstudie hat derartige Ansätze aufgenommen und im Grunde gesagt, dass die Adressaten das Gefühl haben und die Erfahrung machen müssen, ernst genommen – und gehört zu werden, dass die Professionellen einen professionellen sozialpädagogischen Spielraum haben müssen und eine Organisationskultur, die sie ermutigt und stützt bei ihren Entscheidungen. Hieran kann angeschlossen werden.

*Hans Thiersch, Beethovenweg 14, 72076 Tübingen
E-Mail: hans.thiersch@gmx.de*

*Karl August Chassé, Schenckstraße 42, 60489 Frankfurt a.M.
E-Mail: chasse@em.uni-frankfurt.de*

**DIE
SINNE
SCHÄR-
FEN!!!
JETZT
TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de**

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke
Debatte und Praxis